

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Christa Nickels, Marina Steindor
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
– Drucksache 13/9780 –**

Sammelübersicht 292 zu Petitionen

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition Nr. 4-13-10-78-044081 der Bundesregierung zur
Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 11. Februar 1998

**Amke Dietert-Scheuer
Christa Nickels
Marina Steindor
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

Begründung

Seit 1994 wurden in der EU bisher fünf Sorten genmanipulierter Nutzpflanzen zur Vermarktung zugelassen (Tabak, Raps, Radichio, Sojabohnen und Mais), weitere befinden sich im Antragsverfahren. Zulassungen für verarbeitete Produkte aus gentechnisch manipulierten Nutzpflanzen bestehen seit 1995 in Großbritannien für Rapsöl und Tomatenpüree.

Die Untersuchungen u. a. des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie und des schleswig-holsteinischen Umweltministeriums belegen den unkontrollierten Austrag von Pollen gentechnisch veränderten Rapses und die Übertragung auf verwandte Arten. Es ist bei der Bewertung der Ergebnisse zu bedenken, daß es sich um Versuchsfelder mit vergleichsweise kleiner Fläche handelt. Bei einem großflächigen Anbau kommt es naturgemäß zu einem erheblich stärkeren Austrag der Pollen.

Es ist daher zu befürchten, daß es zu einer weiten Verbreitung der Pollen kommt, die auch die konventionelle aber ganz besonders die ökologische Landwirtschaft, trifft.

Der gentechnisch veränderte Mais der Firma Novartis greift auf eine andere Art und Weise in das Ökosystem ein. Der Mais enthält die gentechnische Information zur Bildung eines *Bacillus thuringiensis* Toxins, um ihn gegen den Maiszünsler resistent zu machen. Untersuchungen der eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrarökologie und Landbau zeigen, daß der Mais nicht nur die Raupen tötet sondern auch Nützlinge, die sich von den Raupen ernähren, schädigt.

Wir unterstützen das Anliegen des Petenten und fordern die Bundesregierung auf, das Anliegen zu berücksichtigen.